



Anna Gorskih

Warum ich meine Kandidatur auf der Landesliste zur Landtagswahl aufstellen lasse? Weil Politik auch von jungen Menschen gemacht werden sollte. Nicht zuletzt um dadurch frischen Wind und neue Anregungen für unsere Debatten zu bekommen. Außerdem will ich auch die Interessen und Positionen des Jugendverbandes, in dem ich tief verwurzelt bin, stärken und vertreten und hoffe so das politische Geschehen bereichern zu können. Da ich die Schwierigkeiten, mit denen man auf dem Land konfrontiert wird, wenn man sich politisch engagieren möchte, auch selbst erfahren habe, will ich versuchen für die jungen Leute, auf die das ebenfalls zutrifft, da zu sein und ihr Engagement zu unterstützen. Es ist schwierig junge Menschen zu finden, die langfristig in der ländlichen Region bleiben wollen und Strukturen aufbauen. Daher ist es unerlässlich antifaschistische Projekte, Bündnisse und Initiativen durch politische Unterstützung und Finanzierung zu fördern, insbesondere auf dem Land.

Im Bereich der Drogenpolitik stehe ich ein für ein breites Aufklärungs- und Bildungsangebot, das über Wirkung, Zusammensetzung und Risiken von Substanzen informiert. Beim Krieg gegen die Drogen, der von allen Staatsregierungen geführt wird, werden horrenden Summen in repressive Maßnahmen gesteckt, während die Präventionsarbeit nahezu auf der Strecke bleibt.

Hierzu zählen auch die fragwürdigen „Komplexkontrollen“, die 2011 und 2012 breitflächig in Leipzig durchgeführt wurden und deren Sinnhaftigkeit zu Recht umstritten ist. Dabei kann es auch einen anderen Umgang mit Drogen und dem Rausch geben, ohne Verbot und Repression. Entkriminalisierung von Konsument_innen, Drugchecking und lizenzierte Abgabemodelle sind wichtige Schritte weg von der Repressionspolitik, wie sie seit Jahrzehnten betrieben wird.

Antira- und Antifathemen liegen mir besonders am Herzen. Die derzeitige Protestwelle gegen Asylsuchende, die in vielen deutschen Städten zu beobachten ist, ist erschreckend. Die Ächtung von Rassismus in allen Bereichen des Lebens ist für mich elementar, insbesondere jetzt, wenn „besorgte“ Bürger_innen vor den Asylsuchendenunterkünften protestieren und (geistige) Brandstiftung betreiben. Für mich sind offene Grenzen und ein Bleiberecht für alle unabdingbar, ebenso wie die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl in Artikel 16 des Grundgesetzes und die Abschaffung aller Regelungen, die die Asylsuchenden diskriminieren.

Neben meinen politischen Aktivitäten, gehe ich momentan auch meinem Studium der Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig nach. Auch die Uni ist für mich kein politikfreier Ort, sondern viel mehr genau der richtige Platz um ein Bewusstsein für die bestehenden Probleme zu schaffen und Dinge kritisch zu hinterfragen.